

Der Sacharow-Preis 2017

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit wurde 1988 vom Europäischen Parlament eingerichtet und wird seither jedes Jahr im Dezember an Einzelpersonen oder Organisationen verliehen, die Herausragendes bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten geleistet haben. Mit der Vergabe des Preises 2017 an die Opposition in Venezuela hat das Parlament die Lage in Venezuela kritisiert, seine Unterstützung für die demokratisch gewählte Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht, einen friedlichen Übergang zur Demokratie gefordert und den Menschen in Venezuela Anerkennung gezollt, darunter vor allem den Menschen, die zu Unrecht inhaftiert wurden, weil sie ihre Meinung geäußert haben.

Hintergrund

Bedeutung des Preises

Die Förderung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gehört zu den obersten [Prioritäten](#) des Parlaments. Jedes Jahr verleiht das Parlament den Sacharow-Preis, um die Menschen und Organisationen zu würdigen, die bei der Verteidigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten Außergewöhnliches geleistet haben. Der Preis wurde am 13. Dezember 1985 auf dem Wege einer [Entschließung](#) ins Leben gerufen und hat mittlerweile bereits Tradition. Er trägt den Namen des bedeutenden sowjetischen Dissidenten Andrei Sacharow, der an der Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe beteiligt war und 1975 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, nachdem er sich für die Wahrung der Menschenrechte und die atomare Abrüstung in der Sowjetunion eingesetzt hatte. Der Preis wurde nach ihm benannt, um seinen mutigen Einsatz für die Menschenrechte, darunter auch für die Gedankenfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung, zu würdigen, zumal er diesen Einsatz mit seiner beruflichen Laufbahn und seiner persönlichen Freiheit bezahlte.

Im Einklang mit dem [neuen Statut](#) (Mai 2003) wird dieser Preis als Auszeichnung für besondere Leistungen auf einem der folgenden Gebiete verliehen: Verteidigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung, Schutz der Minderheitenrechte, Achtung des Völkerrechts, Entwicklung der Demokratie und Durchsetzung des Rechtsstaates. Der Preis wurde erstmalig 1988 gemeinsam an [Nelson Mandela](#) und posthum an den sowjetischen Dissidenten [Anatoli Martschenko](#) verliehen.

Auswahlverfahren

Nominierungen können von einer Fraktion oder von mindestens 40 Mitgliedern vorgenommen werden. Dieses Jahr wurden die Nominierungen für den Sacharow-Preis offiziell am 2. Oktober 2017 während einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und des Entwicklungsausschusses (DEVE) eingereicht. Als Finalisten für die diesjährige Preisverleihung wurden am 10. Oktober 2017 per Abstimmung in den zwei Ausschüssen **Aura Lolita Chavez Ixcaquic**, eine Menschenrechtsaktivistin aus Guatemala, die **demokratische Opposition in Venezuela** und der schwedisch-eritreische Journalist **Dawit Isaak** bestimmt. Am 26. Oktober 2017 hat die Konferenz der Präsidenten, die sich aus dem Präsidenten Antonio Tajani und den Fraktionsvorsitzen zusammensetzt, die demokratische Opposition in Venezuela zum diesjährigen Preisträger bestimmt. Der Preis, der aus einer Urkunde und einem Preisgeld von 50 000 EUR besteht, wird am 13. Dezember 2017 im Europäischen Parlament während der Plenartagung in Straßburg feierlich überreicht. Zur Preisverleihung sind alle Finalisten eingeladen, die zudem an zahlreichen Treffen im Parlament teilnehmen werden. Julio Borges und Antonio Ledezma haben ihre



[Anwesenheit](#) ebenso wie die Finalistin Lolita Chávez bestätigt. Über den dritten Finalist, Dawit Isaak, der seit 2001 in Eritrea im Gefängnis sitzt, sind seit [2005](#) keine Nachrichten an die Öffentlichkeit gedrungen.

Die demokratische Opposition in Venezuela

Der Sacharow-Preis 2017 geht an die demokratische Opposition in Venezuela, d. h. an die Nationalversammlung (unter dem Vorsitz von [Julio Borges](#)) und an die [politischen Gefangenen](#), die von dem venezolanischen Forum zur Verteidigung politischer Häftlinge ([Foro Penal Venezolano](#)) aufgelistet werden, darunter [Leopoldo López](#), [Antonio Ledezma](#), [Daniel Ceballos](#), [Yon Goicoechea](#), [Lorent Saleh](#), [Alfredo Ramos](#) und [Andrea González](#). Die Opposition zu der chavistischen Regierung der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) besteht derzeit aus einem [Bündnis](#) aus Parteien, die das gesamte politische Spektrum von Mitte-links bis rechts abdecken und sich als [Runder Tisch der Demokratischen Einheit](#) (*Mesa de la Unidad Democrática* – MUD) bezeichnen. Das MUD wurde 2008 gegründet, um eine realistische politische Alternative zu dem damaligen Präsidenten [Hugo Chávez](#) zu geben. Es verlor [nur knapp](#) die Parlamentswahlen 2010 und die Präsidentschaftswahlen 2013, errang aber schließlich bei den Parlamentswahlen im Dezember 2015 eine [überwältigende Mehrheit](#).

Die Nationalversammlung Venezuelas

Die derzeitige [Nationalversammlung](#) wird derzeit durch das MUD-Bündnis geführt, nachdem es [65,27 %](#) der Stimmen und somit eine [Zweidrittelmehrheit](#) (die zur Änderung von verfassungsrechtlichen Gesetzen sowie der Verfassung selbst erforderlich ist) erhalten hatte. Bevor sie ihre Arbeit jedoch aufnehmen konnte, ist sie bereits auf Probleme mit der Regierung von Nicolas Maduro gestoßen. Die scheidende Nationalversammlung ernannte [neue Richter](#) an dem Obersten Gerichtshof und stellte damit dessen Unterstützung für die Regierung sicher. Der Oberste Gerichtshof behindert seither die [Arbeit](#) der Nationalversammlung. Er hat etwa: 1) drei [MUD-Abgeordnete](#) suspendiert, sodass das MUD seine Zweidrittelmehrheit nicht ausüben kann; 2) das Dekret des Präsidenten Maduro zur [Ausrufung des wirtschaftlichen Notstands](#) befürwortet, das von der Nationalversammlung abgelehnt wurde; 3) die [Befugnisse](#) der Nationalversammlung, die ihr eine politische Kontrolle über die anderen Gewalten ermöglichen, eingeschränkt; 4) das Gesetz zu Amnestie und nationaler Aussöhnung, das die Nationalversammlung am 29. März verabschiedet hatte, sowie auch die [Reform](#) der venezolanischen Zentralbank als verfassungswidrig [erklärt](#); 5) die Geschäftsordnung der Nationalversammlung zu internen Debatten [ausgesetzt](#); 6) und sogar die [Legislativgewalt](#) der Nationalversammlung übernommen, wenngleich er diese [Entscheidung](#) einige Tage später zurückzog. Der regierungstreue Nationale Wahlrat Venezuelas spielte ebenfalls eine [wichtige Rolle](#), da er die Initiative der Nationalversammlung, mit der ein [Referendum zur Amtsenthebung](#) von Präsident Maduro auf den Weg gebracht werden sollte, zunächst verzögerte und schließlich ganz aussetzte.

Eine weitere empfindliche Niederlage musste die Nationalversammlung aufgrund der umstrittenen [Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung \(ANC\)](#) einstecken. Diese wurde im Juli 2017 auf Initiative von Präsident Maduro gewählt, nachdem die Wahlregeln zugunsten regierungstreuer Kandidaten angepasst wurden und ein Referendum zu dieser Frage übergangen wurde. Die Nationalversammlung reagierte darauf mit der Durchführung eines eigenen [Referendums](#), bei dem fast [7,2 Millionen Stimmen](#) abgegeben wurden und sich 98 % der Wähler gegen eine Verfassungsänderung und auch gegen die Ernennung neuer Richter an den Obersten Gerichtshof aussprachen. Beide Ergebnisse wurden sowohl durch die Regierung als auch durch den Obersten Gerichtshof für rechtswidrig erklärt. Die Nationalversammlung organisierte dennoch [Proteste](#) im Vorfeld der Wahlen zu der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung. Diese hat bereits eine Reihe von [Maßnahmen](#) getroffen und: a) den Generalstaatsanwalt [Luisa Ortega](#) abgesetzt; b) die [Kommission](#) für Wahrheit, Gerechtigkeit, Frieden und öffentliche Ordnung eingesetzt, die von nichtstaatlichen Organisationen als Mittel zur Verfolgung von Andersdenkenden betrachtet wird; c) [Befugnisse](#) der Nationalversammlung für sich beansprucht, die sie berechtigen, Gesetze in zahlreichen Bereichen zu erlassen; d) dafür gestimmt, dass [Oppositionsführer](#) wegen Verrat vor Gericht gestellt werden; e) sowie vor Kurzem die Immunität des stellvertretenden Präsidenten der Nationalversammlung, [Freddy Guevara](#), aufgehoben. Ungeachtet dieser Probleme hat sich die Nationalversammlung unter der Führung ihres Präsidenten [Julio Borges](#) weiter für die demokratische Rechtsordnung Venezuelas eingesetzt und auf internationaler Ebene wie etwa in der [Organisation Amerikanischer Staaten \(OAS\)](#) und bei der Europäischen Union ([EU](#)) die gegenwärtige Lage angeprangert.

Politische Gefangene

In den letzten Jahren (2014-2017) wurden die von der Opposition geführten [Straßenproteste](#) gegen die Regierung von den Sicherheitskräften massiv [unterdrückt](#), was zu zahlreichen [Todesfällen](#) und der Inhaftierung von Regierungsgegnern führte, darunter auch bekannte Politiker wie Leopoldo López, der vor kurzem aus dem Hausarrest geflüchtete Antonio Ledezma und Daniel Ceballos. Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte veröffentlichte vor nicht allzu langer Zeit einen vernichtenden [Bericht](#) und beklagte, dass es bei den gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Dem [Bericht \(Oktober 2017\)](#) über die Unterdrückung in Venezuela zufolge, der vom venezolanischen Forum zur Verteidigung politischer Häftlinge veröffentlicht wurde, befanden sich am 31. Oktober 2017 444 Menschen in Haft. Ferner gab es 380 politische Gefangene und 198 Zivilisten, die nach einer Verurteilung durch ein [Militärgericht](#) im Gefängnis saßen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments zu Venezuela

Als der Präsident des Europäischen Parlaments [Antonio Tajani](#) während der Oktober-II-Plenartagung den diesjährigen Preisträger des Sacharow-Preises bekannt gab, wies er darauf hin, dass es die Pflicht des Parlaments sei, auf die unhaltbare Lage in Venezuela, wo die Bürger ihrer Grundrechte beraubt werden, aufmerksam zu machen. Mit dieser Wahl bekräftigte das Parlament seine uneingeschränkte Unterstützung für die demokratisch gewählte Nationalversammlung und fordert einen friedlichen Übergang zur Demokratie. Präsident Antonio Tajani erklärte, dass das Europäische Parlament nicht nur den „mutigen Kampf der demokratischen Opposition“ würdige, sondern „auch seine Verbundenheit mit den Menschen in Venezuela zum Ausdruck bringen und ihnen Tribut zollen“ möchte, darunter auch „allen denjenigen, die zu Unrecht eingesperrt wurden“. Das Parlament hat seine Stellung zu Venezuela in einer Reihe von Entschlüssen (Entschließung vom [13. September 2017](#), vom [27. April 2017](#), vom [8. Juni 2016](#) und vom [12. März 2015](#)) zum Ausdruck gebracht und das Thema auch im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika ([EuroLat](#)) erörtert.

Weitere Informationen finden sich in dem Briefing zur [politischen Krise in Venezuela](#).